

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Dietzsch, in Leipzig: W. G. & Fort. S. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Harman's Buchbldg.

# Danziger Zeitung.

## Lotterie.

Bei der am 12. d. M. fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 129. Kgl. Klassen-Lotterie fielen 153 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 255 804 834 2104 2548 4575 5092 5991 6247 7153 7721 8279 8481 8698 8978 9823 9873 9948 10,129 10,916 11,010 12,231 13,556 13,791 14,961 14,997 15,217 15,895 17,647 17,659 17,777 19,379 20,552 21,101 23,202 23,608 24,190 24,519 24,918 24,991 25,121 25,469 25,936 26,055 26,929 28,370 28,767 28,784 29,515 29,626 29,788 29,899 29,935 29,968 30,245 30,804 30,983 31,216 31,387 32,048 34,360 35,553 37,097 37,902 38,539 39,360 40,319 40,563 40,849 41,253 41,266 41,423 42,024 42,359 42,557 44,299 44,642 45,149 46,265 46,491 48,235 48,402 49,621 49,633 50,077 51,228 51,886 51,892 52,185 53,844 53,949 55,155 55,159 55,160 55,406 56,949 57,036 57,179 57,713 59,784 59,929 61,421 61,478 61,710 62,122 62,360 63,713 64,465 65,107 66,006 66,151 66,734 66,902 68,393 69,004 69,235 69,590 70,738 70,745 70,851 71,397 74,671 74,687 75,588 75,599 76,536 77,999 78,170 78,997 80,227 81,221 81,354 81,774 82,537 83,850 84,240 85,243 87,071 87,555 88,167 88,568 88,630 88,743 89,384 90,265 90,946 91,246 92,453 93,667 94,324 94,466 94,634 94,803.

## Deutschland.

Berlin, 12. April. Die reactionaire Presse versucht aus den Kriegseignissen in einer Weise politisches Capital zu machen, die durchaus charakteristisch für die Partei ist, welche diese Presse vertritt. Die „Kreuztg.“ schmäht „gegenüber den Kriegseignissen“ die Demokratie, welche sich gegen die Reorganisation der Armee erklärt hat. Mit Recht fragt die „Volks-Ztg.“: „Was vermag dieser Krieg für oder gegen den Kampf der liberalen Partei gegen die Reorganisation zu beweisen? Die Reorganisation betraf die Heeres-Einrichtung in Friedenszeiten. Die Opposition gegen dieselbe ging von der Behauptung aus, daß, wenn im Frieden alljährlich zehn Millionen mehr ausgegeben würden als bisher, dies unsere finanziellen Kräfte schwäche für die Zeit des Krieges, wo wir ihrer bedürfen. Die Opposition stellte ferner die Behauptung auf, daß bei kürzerer Dienstzeit viel mehr Mannschaft ohne Ueberbürdung der Lasten des Volkes für den Krieg ausgebildet werden könne, als bei längerer Dienstzeit. All dies galt über die Gestaltung des Heeres im Frieden, und nur im Frieden; in dem Falle des Krieges war ebenso von der Volksvertretung wie von der Regierung die Nothwendigkeit anerkannt, daß alle Kräfte des Staates demselben zu Gebote gestellt werden müssen. Was also hat der jetzige Krieg mit der Frage der Heeresorganisation in Zeiten des Friedens zu thun? Nicht das allergeringste! Die sechzigtausend Mann, welche jetzt am Kriege in Schleswig theilnehmen, hätte die alte Heeresorganisation ganz eben so gut ins Feld stellen können wie die neue. Daß dann der Erfolg dieses Feldzuges irgend wie anders gewesen wäre, dafür spricht nicht die geringste Thatfache. Daß aber gar das Abgeordnetenhaus ein „Verschulden“ treffen solle, als ob das Land durch die Haltung der Volksvertreter eine Art Unglück zu erleiden gehabt hätte, das ist schon in sofern eine sinnlose Lüge, da ja thatsächlich die Reorganisation durchgeführt und das Votum des Abgeordnetenhauses ganz einflußlos geworden ist.“

Grundloser noch ist die Behauptung der „Kreuztg.“, daß die Demokratie des Abgeordnetenhauses seit Jahren der Regierung die Mittel für die Marine verweigert. Wir haben diese dreifache Verleumdung bereits in einem besondern Artikel ausführlicher besprochen. Ebenso sagt die „M. Z.“: Gerade die liberale Partei ist es gewesen, welche der Hebung unserer Marine consequent das Wort geredet hat. Man werfe nur einen einzigen Blick in die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses seit 1862 und man wird finden, daß von Seiten der zweiten Kammer geradezu alles geschehen ist, was nur in ihren Kräften lag. Sie sah in der Gründung einer preussischen Flotte ein Unternehmen von vaterländischer Bedeutung, das je eher desto lieber auszuführen sei. Zu diesem Behufe forderte das Abgeordnetenhaus einen Flottengründungsplan. Ein solcher ist seit 1862 von der Regierung versprochen, ist aber noch immer nicht entworfen. Das Abgeordnetenhaus hat in der letzten Session sein altes Verlangen wiederholt und sieht demselben noch jetzt bei Vorlegung des Etats pro 1865 entgegen. Der Kriegsminister bestritt nicht und konnte es auch nicht bestreiten, daß ein Plan erforderlich wäre. Herr v. Roon erklärte die Verzögerung desselben durch den Wechsel in der Leitung der Marineangelegenheiten, der einen Wechsel der Meinungen zur Folge gehabt hätte. Inzwischen hätten sich die Grundsätze, wie er weiter ausführte, nach welchen der Flottengründungsplan aufgestellt werden sollte, im Schoße der Regierung durchaus consolidirt und es sei deshalb der hauptsächlichste Behinderungsgrund, den Plan vorzulegen, darin zu finden, daß die Regierung gegenwärtig noch nicht im Stande sei, Vorschläge über Aufbringung der erforderlichen Geldmittel (der 42½ Millionen Thaler) zu machen. Der Finanzminister seinerseits versprach ebenfalls schon im Jahre 1862 die Vorlegung des definitiven Gründungsplans und damit zugleich den Nachweis der Deckungsmittel. Auf beides wartet das Abgeordnetenhaus noch immer. Gleichwohl soll es die Schuld tragen, daß unsere Marine so ist, wie sie ist. Nichts lächerlicher, als solche Behauptungen.

„Nur solche Blätter, denen ihr politischer Parteistandpunkt höher stand als die Ehre und die höchsten Interessen des Vaterlandes, haben ihre Schwärmungen gegen das erwähnte große Reformwerk auch in diesem Augenblick fortgesetzt.“ So ist in der „Nordd. Allg. Ztg.“ zu lesen. Sie meint natürlich nicht, wie man etwa glauben könnte, die Angriffe auf Muth und Ehre der in diesem Kampfe verhältnißmäßig recht reich-

lich blutenden Landwehr, für welche „Staatsanzeiger“ und „Kreuzzeitung“ gegenwärtig einen so äußerst geeigneten Zeitpunkt fanden, sondern — die bescheidenen Zweifel daran, ob wohl diese Campagne in der That so unwiderleglich für die dreijährige Dienstzeit spreche. (Ref.)

Die neue Schwedische Anleihe von 2,250,000 £, mit 4½ % verzinslich, sollte in London zur Subscription aufgelegt werden. Das Haus, das Namens der Unternehmer auftritt, ist eine deutsche Banquierfirma J. H. Schroeder. Daß auch andere deutsche Häuser — man nennt die bekannten Frankfurter Firmen und selbst ein Hamburger Bankinstitut — theilhaftig sind, gilt an den Börsen als unzweifelhaft.

## England.

Gladstone hat nicht, wie das Telegramm über seine Finanzvorlage meldete, eine Herabsetzung der Malztaxe und der Getreidezölle vorgeschlagen, sondern sich ausdrücklich für die Beibehaltung der bestehenden Malztaxe erklärt und auch betreffs der Getreidezölle nur eine Milderung des Verzollungs-Maßstabes empfohlen, indem statt des bisherigen Zolles von 1s pr. Dr. künftig ein Zoll von 3d pr. Cwt. erhoben werden soll. In der Rede Gladstone's heißt es darüber:

„Der Getreidezoll wird jetzt nach Maß erhoben, während fast alle Transaktionen in Bezug auf ausländisches Getreide nach Gewicht stattfinden. In Folge dieses Widerpruchs wurde vor ungefähr einem Jahre von Getreidehändlern der Regierung vorgestellt, sie möge die Art der Zoll-Erhöhung ändern. Demnach schlagen wir vor, den Zoll dahin abzuändern, daß er gleichmäßig statt 1s pr. Dr. künftig 3d pr. Cwt. beträgt. Diese Aenderung soll unmittelbar nachdem die Acte passiert ist, in Kraft treten. Ebenso schlagen wir vor, daß Linsen und zwei oder drei Artikel von geringer Wichtigkeit auf denselben Fuß wie Getreide gesetzt werden sollen. Erwähnen muß ich, daß von einigen Personen, welche mit dem Getreidehandel zu thun haben, der Vorschlag gemacht ist, den Getreidezoll in der Weise abzuändern, daß ein Zoll von 3d pr. Cwt. auf Weizen und von 2d auf alle anderen Arten Getreide gelegt würde. Man meinte mit Recht, dies würde dem Werth der Artikel besser entsprechen. Aber zwei Gründe haben die Regierung abgehalten, diesen Vorschlag anzunehmen. Einmal würde er dem Schatz einen beträchtlichen Verlust bereiten, zu dem, gegenüber anderen Ansprüchen, seine Lage jetzt nicht angethan ist; und weiter würde er mit Annahme dieses Vorschlages den Anschein gewinnen, als wollten wir uns mit der Construction eines regulären Systems von Getreidezöllen abgeben, als ob wir einen Getreidezoll als eine dauernde Einkommenquelle ansähen. Als im Jahre 1846 die Aenderung in den Getreidezöllen vorgeschlagen wurde, wurde der jetzige Zoll als ein nomineller aufgelegt; doch er hat eine Einnahme geliefert, von der ich nicht sagen kann, ob es im jetzigen Augenblicke gut wäre, sie aufzugeben. Aber ich gestehe, ich würde mich sträuben, mich irgend einem Plane zu fügen, welcher die Deutung zuließe, daß ein solcher Getreidezoll — nicht ein sehr erheblicher, sondern etwas mehr als ein nomineller — als eine dauernde Auflage betrachtet werden sollte.“

Lord Palmerston hat Garibaldi zu einem Festmahl eingeladen. Dasselbe ist von Seiten Gladstones, des Lord Clarendon, des Marquis v. Hartlepool und des Herzogs v. Newcastle gegeben. Garibaldi wird den Krystallpalast zweimal besuchen, wo ihm zu Ehren große Feste gegeben werden sollen. Der Herzog v. Somerset hat ihm ein Schiff der Marine zur Verfügung gestellt, um Portsmouth zu besuchen. Man betrachtet dies als eine sehr große Ehre.

## Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 11. April. (Df. Z.) Die bei mehreren in den westpreussischen Grenzkreisen ergriffenen Injurientenführern in Beschlag genommenen Papiere sollen den Beweis liefern, daß die letzten Zugänge aus Westpreußen hauptsächlich das Werk Mieroslawski's waren, der nicht nur die Anwerbung, Organisation und Ausrüstung der Zugliglerfähren von Paris aus durch zahlreiche Agenten geleitet, sondern auch als einstweiliger Oberbefehlshaber derselben den bekannten Sprachlehrer Gallier hergesandt und die Absicht gehabt haben soll, sich später selbst an die Spitze des Aufstandes im Plockischen zu stellen. Schon im Winter war auf beiden Seiten der Grenze unter der polnischen Bevölkerung das Gerücht verbreitet, daß Mieroslawski, der sich beim gemeinen Mann einer gewissen Popularität erfreut, zum Frühjahr aus Paris kommen und die neu geworbenen Injurientenschaaren selbst gegen die Russen führen werde. Der mit dem provisorischen Oberbefehl betraute Sprachlehrer Gallier, der zu der beabsichtigten Expedition von dem sogenannten Executiv-Ausschuß für den preussischen Theil zum Oberst ernannt war, ist im Kreise Strassburg von einer Patrouille ergriffen und bereits zur weiteren Untersuchung nach Berlin in die Hausvoigtei abgeführt worden. Er ist der Sohn eines verstorbenen Kreis-eretzars in Breschen und hat mehrere Jahre in der französischen Fremdenlegion in Algier gedient. Nachdem er als Sergeant seinen Abschied genommen hatte, kehrte er nach Posen zurück und erwarb sich seinen Unterhalt als französischer Sprachlehrer. Bald nach Ausbruch des Aufstandes ließ er sich zur Wieland'schen Injurienten-Abtheilung im Koniner Kreise anwerben. Später führte er in der Woywodschast Masowien selbstständig eine Abtheilung. Er kam aber mit Eduard Taczarowski, dem er sich nicht unterordnen wollte, wiederholt in Conflict, und da dieser ihm drohte, ihn wegen Insubordination erschießen zu lassen, so legte er im August v. J. sein Commando nieder und ging nach Paris, wo er sich an die Mieroslawski'sche Partei angeschlossen. — Von unterrichteten Personen wird berichtet, daß die in der Nacht zum 6. d. Mts. aus dem Kreise Neidenburg in Polen eingedrungene Zugliglerschaar aus den

Ueberresten der in den Osterfeiertagen von preussischen Patrouillen zersprengten Zugliglerfähren bestanden habe, die sich in den Wäldungen bei Gilgenburg gesammelt hätten.

## Danzig, den 14. April.

\* [Stadtverordneten-Versammlung am 12. April.] (Schluß.) Betreffend die Erledigung des vom Magistrat gestellten Antrages: „dem Gutsbesitzer Bölle hieselbst zu gestatten, in der Forst auf der Rehring an den von dem Oberförster für zulässig erachteten Stellen ohne Entgelt Bohrversuche anzustellen, um demnach über das Graben an den bernsteinhaltigen Stellen mit ihm in Unterhandlung zu treten“, hat die eingesetzte gemischte Commission nach nochmaliger reiflicher und ausführlicher Erörterung des vorliegenden Gegenstandes sich für die Genehmigung des Antrages mit 4 gegen 3 Stimmen entschieden. Magistrat ersucht um nochmalige Verhandlung im Plenum und um Beitritt zum Majoritätsbeschlusse der Commission. Hr. Dr. Litz setzt wiederholt ausführlich auseinander, daß der Magistrat die von den Gegnern des Antrags in den früheren Verhandlungen der Versammlung ausgesprochenen Befürchtungen, daß diese Bohrversuche nachtheilig für die Forst wären, nach den sorgfältigsten Ermittlungen nicht theilen könne, dagegen es für empfehlenswerth halte, den Schatz nicht ungenützt in der Erde liegen zu lassen. Die Stadt behalte ja für alle Fälle immer freie Hand, sich nach Ablauf des Bölle'schen Contractes irgendwie nach beliebigem Ermessen endgiltig zu entscheiden; einstweilen seien aber in Anbetracht der vielerlei Ausfälle in den Einnahmen und den vergrößerten Ausgaben die Summe von circa 2000 Thlrn. jährlich, wie sie in Aussicht stehe, eine sehr gute Einnahme, welche abzuweisen nach der Ansicht des Magistrats nicht der mindeste Grund vorliege. Die H. H. Biber und Dr. Pievin beharren auf ihrer früher schon vertheidigten Ansicht, daß durch Bewilligung der Bohrversuche die Forstcultiv gefährdet, dem Bölle ein Monopol geschaffen und durch Anschluß der Concurrenz erhebliche pecuniäre Nachtheile sich ergeben würden. Im Sinne des Antrages sprachen sich die H. H. Justizrath Breitenbach, J. C. Krüger, Pregell und Wagner aus und die Versammlung entscheidet sich schließlich mit 29 gegen ca. 20 Stimmen für den Antrag der Commission. — Die Verhandlungen über die fernere Benutzung des Artushofes Seitens der Corporation der Kaufmannschaft als Börse sind nunmehr zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Der abgeschlossene Vertrag gilt vom 1. Januar 1864 ab für die folgenden 5 Jahre, das Entgelt ist 2000 Thlr. jährlich, nach jedesmaligem Ablauf von fünf Jahren wird nach der Durchschnittssumme der Börsenbesucher dieses Entgelt entweder entsprechend erhöht oder ermäßigt. Die Benutzung des Lokals zu andern Zwecken ist nicht ausgeschlossen; die Communal-Behörden dürfen aber bei Ueberlassung an Andere die Benutzung des Artushofes als Börse nicht hindern; die Corporation der Kaufmannschaft darf das Lokal nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Magistrats zu andern Zwecken benutzen. Der Contract erhält die Genehmigung der Versammlung. — Nach Genehmigung mehrerer Verpachtungen werden verschiedene Berichte der Rechnungsabnahme-Commission entgegengenommen.

Der „Königsh. Hart. Btg.“ wird aus Elbing geschrieben: In einem anderen wenig beneidenswerthen Ausnahme-Zustande befindet sich die Stadt durch die Anstellung eines städtischen Schulinspectors. Bekanntlich stehen nach dem Gesetz mit Ausschluß der höheren Lehranstalten die städtischen Schulen unter der Schuldeputation. Diese Behörde ordnet, leitet und bestimmt in allen Stadtgemeinden des Staates die Angelegenheiten der communalen Bildungsinstitute, der Magistrat vollzieht die Wahlen, führt jene Beschlüsse aus und vermittelt auch den offiziellen Verkehr zwischen den Leitern und Lehrern derselben und der Regierung. So überall. Die Regierung zu Danzig aber, deren technisches Mitglied für Schulsachen bekanntlich Herr Wantrup ist, hat für ihren Bezirk das Amt der städtischen Schulinspectoren creirt. Sie verkehrt mit Umgehung der vorgeordneten Behörden, des Magistrats und der Schuldeputation, durch den Schulinspector direct mit den städtischen Schulbeamten, sie läßt den Magistrat in Unkenntniß, ob ein von ihm gewählter Lehrer ihre Bestätigung erhalten hat, indem sie dieselbe dem Schulinspector allein notificirt, er wird ohne Wissen der Verwaltungsbehörde, selbst des Directors, mit der Einführung neuer Lehrer beauftragt, alle Verfügungen etc. kommen an ihn; sein Amt macht der dafür verantwortlichen Behörde eine genaue Beaufsichtigung und Leitung der Schulanlagen sehr schwer, oft unmöglich. In Danzig ist Seitens sämtlicher städtischen Behörden und Beamten dieses Ressorts, wie man erfährt, jeder amtliche Verkehr mit dem dort gleichfalls besehenden städtischen Schulinspector abgelehnt worden und damit dieses Amt in sich selbst zusammengesunken. Hier aber häufen sich Unannehmlichkeiten und Nachtheile der Art, daß die Stadtverordneten bereits mit aller Energie für die Veseitigung derselben eingetreten sind. Um einen recht eclatanten Fall hervorzuheben, sei erwähnt, daß der von Wantrup zum Schulinspector ernannte Geistliche als solcher Vorgesetzter des Directors der städt. höhern Mädchenschule sein soll, er ist aber in dieser selben Schule zugleich Hilfslehrer und steht deshalb wieder unter der Disciplin des Leiters der Anstalt, was ihn jedoch nicht hindern konnte, an derselben angestellte Lehrer ohne offizielle Benachrichtigung der vorgeordneten Behörde in ihr Amt einzuführen. Zunächst ist deshalb nun der Magistrat von den Stadtverordneten erlucht worden, jenen Geistlichen aufzufordern, entweder die Stelle eines Hilfslehrers oder die des städtischen Schulinspectors niederzulegen. — Als kurz nach den letzten Wahlen hier dringende Beschwerden und Anlagen wegen



